

Sächsische Zeitung

1908. Nr. 117.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 200.

Druckpreis für Halle u. Umkreis 2.50 Mk., nach dem Postbezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die halbjährige Zeitung erhebt sich auf 10 Mk. — Einzelhefte 5 Pfennig. Halbjährliche Couriers (Höf. Briefzeitung), 24. Unterstufungsblatt (Sonntagsheft), Samst. Mitteilungen.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telefon 158; Redaktion Telefon 1272. Eing. G. Braustraß. Verleger: Dr. Walter Oebenleben in Halle a. S.

Dienstag, 10. März 1908.

Geschäftsstelle in Berlin: Delfnerstraße 19. Telefon-Amt VI Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Ziethe in Halle a. S.

Erste Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. schließende Zeitungs- oder deren Raum 1. Halle u. den Umkreis 20 Pf., auswärts 30 Pf., Resten am Ende des redaktionellen Teils die Seite 100 Pf. Anzeigen-Annahme d. d. Expedition in Halle a. S. u. in allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Der Nutzen der Schutzzölle für die Arbeiterschaft.

Im anhaltigen Landtage hat unlängst Staatsminister von Dallwitz eine bemerkenswerte Rede über die Wirkung der Schutzzölle gehalten. Er führte dabei folgendes aus:

„Man kann bei der Beurteilung gerade der hier hauptsächlich in Frage stehenden Industrie- und landwirtschaftlichen Schutzzölle nicht das eine ausschlaggebende Moment außer Betracht lassen, das speziell nur der Einführung des Schutzzölsystems der Aufzucht unserer Industrie und die neuerdings gezeigte Rentabilität der Landwirtschaft zu verdanken ist, was allgemein bei den Arbeitnehmern in einer steigenden Zahl zum Ausdruck gelangt ist, welche die Erhaltung der Breite gewisser Lebensmittel weit übersteigt. Warum wurde denn sonst trotz der höheren, momentan höheren Preise für gewisse Lebensmittel, die übrigens durch eine ganze Reihe sonstiger Faktoren mit bedingt sind, trotz der meines Dafürhaltens für die Arbeiter in den Städten weit bedenklicheren Steigerung der Preise von Mehl, und Kohlenpreisen, die mit den Schutzzöllen gar nichts zu tun hat, die Lebenshaltung der Arbeiter, der breiten Schichten der Bevölkerung, durchschnittlich eine ungleich höhere und bessere, als dies vor zwanzig oder auch vor zehn Jahren oder auch noch vor fünf Jahren der Fall gewesen ist? Oder glauben Sie,“ fuhr der Minister fort, „daß die Arbeiter aus den Gegenden und Ländern mit billigen Getreidepreisen, aus den östlichen Provinzen des Reiches und den angrenzenden Nachbarländern, so zahlreich zu uns herüber strömen würden, wie es tatsächlich der Fall ist, wenn sie bei uns nicht besser leben und mehr ersparen könnten wie in ihrer billigeren Heimat? Würden die tatsächlich die Wirtschaft in den Zuständen herbeiführen, wie sie vor Einführung des Schutzzölsystems vor zwanzig oder dreißig Jahren bestanden haben, wo tatsächlich ein nicht geringer Prozentsatz unserer Bevölkerung einfach zur Auswanderung gezwungen war, weil die mangels genügenden Lebensmittels damals mühsam ihr Dasein erhaltenden Fabrikanten und die aus dem gleichen Grunde erstens betriebene Landwirtschaft zahlreichen deutschen Arbeiter nicht lohnenden Verdienst und Unterkommen gewähren konnten? Nein, meine Herren der enge Zusammenhang zwischen den Schutzzöllen einerseits, den Lohnsteigerungen andererseits ist evident und ist auch sehr zutreffend beleuchtet in dem erst kürzlich erschienenen Jahresbericht der Handelskammer in Essen, die als Vertreterin eines westlichen Industriebezirks doch nicht in den Verdacht kommen kann, selbstliche oder einseitige agrarische Tendenzen zu vertreten.“

So oft diese Tatsachen auch schon hervorgehoben sind, muß doch immer wieder darauf zurückgegriffen werden, daß nicht nur die sozialdemokratische, sondern auch die freiheitlich-liberale Presse diese wichtige Einwirkung der Schutzzölle auf unsere wirtschaftliche und soziale Entwicklung verkennt und verdrängt. Erst kürzlich ist von den Vertrauensleuten des Maurerverbandes öffentlich festgestellt worden, welcher bedeutender Nutzen gerade die Arbeiter des Baugewerbes von der Erhöhung der landwirtschaftlichen Preise haben; aber diese absolut „unverdauliche“ Feststellung ist wieder in der sozialdemokratischen noch in der freimüthigen und freisinnigeren Presse Beachtung gefunden. Um so bedauerlicher müssen die Zeitungen der übrigen Parteien auf derartige Darstellungen hincomein, damit den absichtlich trepfehenden Arbeitern, die für den Freisinn eingetragenen werden sollen, die Augen geöffnet werden.

Deutschland und englische Flottenfragen.

Der Berliner Korrespondent des Reuterschen Bureaus will von dem auswärtigen Amte zu der Erklärung ermächtigt worden sein, daß die Behauptung der „Times“, der Kaiser habe sich in seinem Briefe an Lord Tweedmouth in die britischen Flottenpläne eingemischt, unwahr ist. In seinem Briefe formulierte der Kaiser nur gewisse irrtümliche Ansichten, die in England über die Entwicklung der deutschen Flotte herrschen. In London wird verächtlich, daß der Kaiser nicht einmal auf den britischen Marinestat eingespicielt hat. Die einzige Erwähnung der britischen Flottenpolitik ist in einer Parenthese. Darin soll der Kaiser erklärt haben, er könne, wenn er es wolle, beweisen, daß die britische Flotte fünfmal so stark wie die deutsche sei.

Ueber die Entfaltung des Kaiserbriefes weiß die „Daily Mail“ folgendes zu berichten: Die Korrespondenz ist aus Lord Fishers berühmtem Briefe entnommen, in dem der Lord die Teilnahme an der neuen Imperial Maritime League ablehnt, die eine Enquete über die gegenwärtige Admiralität beanfahndet wollte. Lord Fisher ist diesen Brief mit den Worten: „Es gibt niemand in England, dem Kaiser abwärts, der nicht den Fall seiner eigenen Flotten mit Millionen beugen würde, und aus dem Grunde allein, abgesehen von allen anderen, muß ich Ihre Forderung ablehnen, dem Vorstand der Maritime League beizutreten.“ Das Datum dieses Briefes war der 22. Januar. Veröffentlicht wurde er am 6. Februar.

Offenbar hat der Kaiser diese Rundgebung geleitet. Hier wurde von ihm und dem deutschen Hof gesagt, daß sie der möglichen Einwirkung des Chefs der Admiralität, seiner Methoden und seiner Politik heubeten würden. Er griff zur Feder und verfaßte ein persönliches Schreiben an Lord Tweedmouth, den er von seinen Betrieben in England her kennt, wie er für die meisten englischen Staatsmänner kennt. Unter den letzteren sind viele, die Briefe von ihm empfangen haben. Nur haben diese sie für sich behalten.

Lord Tweedmouth war offenbar auf diesen Brief stolz, und das erklärt die Mitwirkerschaft einiger Freunde. Alles ging nun aus, bis der Inhalt des Dokuments einem gewissen Mitgliede des anderen Geschlechts mitgeteilt wurde. Dann war es aus mit dem Geheimnis.

Wie das Reutersche Bureau“ erzählt, wird, bevor das Oberhaus zusammentritt, ein Ministerrat abgehalten werden, der den Vernehmten über die Angelegenheit des Briefes des Kaisers nach allen Richtungen hin prüfen wird. Lord Tweedmouth wird hierbei seinen Kollegen den ganzen Fall unterbreiten.

Was übrigens das Gerücht von deutsch-englischen Verhandlungen in der Flottenfrage anbelangt, so erklärt in einem offiziellen Berliner Telegramm die „Köln. Ztg.“ gegenüber den Londoner Mitteilungen, daß von Verhandlungen zwischen der britischen und der deutschen Regierung, die die gegenseitige Beschränkung des Baues von Kriegsschiffen zum Zweck haben sollen, nichts bekannt ist. Wollig im Reich der Fabel müsse man die Nachricht verwerfen, daß Deutschland zu gewissen Zugeständnissen sich bereit erklärt habe, wenn England unter anderem auf den Bau der Flottenstation Rosyth verzichtet wolle. Davon kann gar keine Rede sein, denn wenn Deutschland ein solches Beweise in inneren Angelegenheiten Englands einseitig und heimlich eine so wichtige Zurückweisung erhoben haben. Es geht uns nicht das angeht an, ob und wieviel Flottenanlagen England anzulegen für gut befindet. Ein Einwirken auf solche Maßregeln würde in England ebensofalsch Unwillen hervorgerufen wie bei uns, wenn England uns hindern wollte, irgend einen Punkt unserer Küste in uns geeignet scheinender Weise zur Verteidigung einzurichten oder zum Flottenstützpunkt zu machen.

Die Besoldungsvorlage, das Reich und die Landtagswahlen.

Die Verantwortung der Beamtenunterpeltation im Abgeordnetenhaus wird am nächsten Mittwoch durch den Finanzminister Freiherrn v. Rheinbaben erfolgen. Wie weiter gemeldet wird, hat die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses einen Antrag eingereicht, der für den Fall, daß die Beamtenvorlage nicht mehr kommt, den höheren Beamten eine einmalige Zulagenzahlung von 10 v. S., den mittleren von 12 v. S. und den Unterbeamten eine solche von 15 v. S. gewährt will.

Die freikonservative Partei hat folgende Leitlinie für die Behandlung der Besoldungsvorlage aufgestellt. Die Zurückstellung der so dringlichen Besoldungsvorlagen bis zur nächsten Session fände mit den diesbezüglichen Forderungen in Einklang. Sie müßte in weiten Kreisen der Bevölkerung berechtigter Inanspruchnahme hervorgerufen und das Vertrauen zur Regierung und deren Ansehen bedenklich erschüttern. Wenn daher beschloffen sein sollte, von der Einbringung der Besoldungsvorlage in der laufenden Session abzusehen, so würde ein solcher Beschluß auf das schärfste zu verurteilen sein. Auch für das Reich kann in der Dekretionsfrage ein ausreißender Grund für die hinauschiebung der Vorlage nicht erkannt werden. Wenn aber auch anzuerkennen ist, daß, sofern bedauerlicherweise ein Reich ein solcher Beschluß gefaßt wäre, in Preußen betreffs der Beamtenbesoldungen ebenso verfahren werden müßte, so trifft dies doch betreffs der Besoldung der Geistlichen und Lehrer nicht im mindesten zu. Diese Vorlagen können daher sehr wohl vorgezogen werden, die unverzüglich die Einbringung der Gesetzesentwürfe betreffs der Besoldung der Geistlichen und Lehrer nicht in Erscheinung treten und eingedungen werden, weil die Besoldungsfrage für die Geistlichen völlig spruchreif ist, die Punkte zum Lehrerbesoldungsgesetz vorläufig aber von Grund aus unangeberet werden muß, um zu einer befriedigenden Ordnung der Lehrerbesoldung auf der Grundlage möglicher Gleichheit des Dienstverhältnisses zu gelangen. Auch bietet die anderenfalls unbedingt erforderliche Gewährung von Zulagenzulagen für die Lehrer ungleich größere Schwierigkeiten als für die mittleren und unteren Beamten. Aber auch die Beamtenbesoldungsvorlage müßte notwendig im Herbst so zeitig zur Verhandlung gelangen, daß auf ihre Verabschiedung vor Weihnachten mit Bestimmtheit gerechnet werden darf. Die Vornahme der Neuwahlen im Herbst wäre alsdann ausgeschlossen,

sie mühte im Interesse der Beteiligung der ländlichen Bevölkerung vielmehr Ende März, spätestens Anfang Juni stattfinden.

Aus dem Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus wurde am Sonnabend, 7. März, die zweite Beratung des Eisenbahnetats fortgesetzt. Zur Debatte stand zunächst der Antrag Dr. v. Arnim-Rudelsdorf (son.) betreffend die Verteilung der Mißstände auf dem Kohlenmarkt. Abg. Dr. Wolf (natlib.) befaßte den Antrag. Von einer Kohlennot könne keine Rede sein; die Kohlenmarkt der letzten zwei Jahre sei nur eine vorübergehende gewesen. Abg. Gylling (freif. Wp.) befürwortete die Verneinung des Antrages an die Budgetkommission. Abg. Graf v. Kanitz (son.) dankte dem Minister für die Aufhebung der Ausnahmestellung für den Kohlentransport. Durch billigeren, durch die Ausnahmestellung bedingte Kohlenpreise werde die auswärtige Industrie der einheimischen gegenüber konkurrenzfähiger gemacht. Eine große Anzahl Industriezweige leide gleich der Kohlenindustrie unter Preisrückgängen, Leiherrhöhen usw., ohne gleich selbst die Preise der eigenen Produkte in die Höhe setzen zu können. Die Randwirtschaft, die heute häufig an der Randflucht der Arbeiter und stellt wieder unter dem Rückgang der Fleischpreise. Eine tatsächliche Beaufichtigung der Kartelle sei das einzige Mittel, um zu gefunden wirtschaftlichen Zuständen zu gelangen. Redner befürwortete die Annahme des Antrages v. Arnim und Überweisung an die Budgetkommission. (Beifall.) Nachdem noch der Abg. Girsch (natlib.) gegen den Antrag, der Abg. Dr. Segar (Str.) für ihn gestanden hatten, wurde der Antrag v. Arnim an die Budgetkommission verwiesen.

Den vielen Wünschen, welche noch beim Kapitel „Anwerbe Ausgaben“ vorgebracht wurden, sagte der Minister wohlwollende Berücksichtigung zu. Vor Eintritt in die Beratung über das Extraordinarium fragte Abg. Maccò (natlib.), ob die Vorlage des Anleihegesetzes noch vor Ostern zu erwarten sei, was der Minister bejahen zu können glaubte. Die folgende Debatte bezog sich auf Ausbau veränderter Bahnhöfe, der Berliner Stadt- und Provinzialbahnen, des Berliner Vorortverkehrs und Sicherung von Bahnhöfengängen. Abg. Schumacher (son.) trat für Einrichtung des elektrischen Betriebes auf der Stadtbahn ein. Um eine Verjüngung und Amortisation des Anlagekapitals zu ermöglichen, sollten die Preise der Fahrkarten und Monatsabonnements erhöht werden. Abg. v. Veltheim-Schönfels (son.) forderte Ausbau der Strecken Berlin-Bernau und Bernau-Oranienburg. Abg. v. Quast (son.) Ausdehnung des Vorortverkehrs bis Kremmen und viergleisigen Ausbau der Ostbahn. Der Minister erwiderte auf die vielen Wünsche, daß einzelne ihrer Erfüllung entgegengehen, über andere mit den beteiligten Gemeinden bereits verhandelt werde.

Das Haus vertagte sich um 4 1/2 Uhr auf Montag vormittag 11 Uhr. Fortsetzung der Staatsberatung, keine Etats und Quellensichtungen.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses. In der Freitagssitzung der Budgetkommission wurden die Etats des Herrenhauses und Abgeordnetenhauses erledigt. Da die Frage, ob die Präsidenten beider Häuser des Reichstages berechtigt seien, in einer die wirtschaftlichen Angelegenheiten der Häuser betreffenden Streitfrage zu vertreten, zur Beratung stand, beteiligten sich der Präsident und erste Vizepräsident des Herrenhauses an der Beratung. Im Hinblick auf die Bedeutung und Schwierigkeit der Frage wurde beschlossen, dieselbe in einer Sitzung der Budgetkommission zu verhandeln. Sodann wurde, gleichfalls unter Beteiligung der Vertreter des Herrenhauses, beschlossen, im Etat die direkten Beamten der Bibliotheken als Bibliotheksdirektoren zu bezeichnen, um ihre leitende Stellung auch nach außen hin zum Ausdruck zu bringen. Beide Etats wurden in Einnahme und Ausgabe bemittelt. Ebenso der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung. Damit ist die Beratung des Etats beendet.

Das Polizeistatengesetz. Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung des Polizeistatengesetzes hielt ihre erste Sitzung ab, die durch die Generaldebatte ausgeschlossen wurde. Ende mit der Ablehnung eines vorliegenden nationalliberalen Antrages, der die Ablehnung des ganzen Entwurfs bezweckt und im wesentlichen eine Beibehaltung der Berechnung der Leistungen wie bisher nach Kopfzahl der Bevölkerung und Einführung eines Normalzustandjahres wünscht. Die Ablehnung erfolgte mit 11 gegen 8 Stimmen. — Der Minister erklärte, die Quotifizierung sei besser, weil die Gemeinden von gleicher Größe unterschieden lassen veranlassen, namentlich in der aufzubehalten Gemeinden müssen die Kosten für die überflüssigen Zweige der Polizeiverwaltung immer mehr. Diese müßten nach den bisherigen Bestimmungen von den leitenden Polizeibehörden in Bezug gebracht werden, jedoch sich bald für einige Gemeinden das Bild ergeben werde, daß diese überhaupt keine Polizeikosten leisten. — Es wurde beschlossen, in der nächsten

Sigung am Freitag in die Spezialdebatte einzutreten und vorher ein Referat über die Petitionen zu hören.

Die Festsetzung von Mindestpreisen durch die Zünfte. Die wirtschaftliche Vereinigung hat dem Reichstage folgende Resolution unterbreitet:

„Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach der § 100q der Gewerbeordnung in der abgeänderten Fassung, welche nach dem Beschlusse der Reichstages-Sitzungen unter Zustimmung der Reichstagsmitglieder Mindestpreise festzusetzen.“

Die Diätenfrage im preussischen Abgeordnetenhaus. Der Diätenantrag der Parteien des preussischen Abgeordnetenhauses ist als selbständiger Antrag zurückgezogen worden. Er wird als Antrag zur zweiten Beratung des Etats für das Haus der Abgeordneten wieder eingebracht werden.

Volksschulstatistik.

Das neueste Heft der Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches enthält die Ergebnisse der für die Jahre 1901 und 1906 veranstalteten Erhebungen über die öffentlichen Volksschulen. Nach der Erhebung von 1906 wurden in Deutschen Reich 61198 Volksschulen von 9779356 Schülern besucht. Die Zahl der in schulpflichtigen Alter zwischen 6 und 14 Jahren lebenden Kinder betrug nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 nur 10 500 000. Es wurden daher rund 94 v. S. aller in schulpflichtigen Alter lebenden Kinder des Deutschen Reiches in Volksschulen unterrichtet.

In der Zeit von der ersten Erhebung (1901) bis zur zweiten Erhebung (1906) ist die Zahl der öffentlichen Volksschulen im Deutschen Reich um 1397, gleich 24 v. S., vermehrt worden. Die Zahl der vollbesetzten Lehrkräfte hat um 20 057, gleich 13,7 v. S., zugenommen, und zwar die Zahl der Lehrer um 13 186, gleich 10,6 v. S., die Zahl der Lehrerinnen um 6871, gleich 30,5 v. S. Während 1901 von je 100 vollbesetzten Lehrkräften 85 Lehrer und 15 Lehrerinnen waren, hatte sich das Verhältnis bis 1906 derart verändert, daß von je 100 vollbesetzten Lehrkräften nur noch 82 Lehrer, dagegen 18 Lehrerinnen waren. Die Schülerzahl hat eine Zunahme um 812 438, gleich 9,1 v. S., erfahren. Sie war prozentual geringer als die der Lehrkräfte, so daß die Zahl der auf einen Lehrer entfallenden Schüler von 61 auf 83 zurückgegangen ist. Nach der ersten Erhebung betrug die Höchstzahl der auf einen Lehrer entfallenden Schüler 89, nach der letzten Erhebung nur noch 85, und zwar beide Male in Schaumburg-Lippe. Die geringste auf einen Lehrer entfallende Schülerzahl weist in beiden Erhebungen Sachsen auf, und auch diese ist von 35 auf 33 zurückgegangen. — Die Gesamtanforderungen für die öffentlichen Volksschulen sind um 102,6 Millionen Mark, gleich 24,4 v. S., der aus Staatsmitteln gedeckte Anteil daran um 28,3 Millionen Mark, gleich 23,0 v. S., geblieben. Entsprechend sind auch die auf einen Schüler entfallenden Gesamtschulnoten für 47 Mark auf 54 Mark angegangen. Die höchsten Ausgaben für einen Schüler hatte Berlin mit 95 Mark nach der ersten und mit 99 Mark nach der zweiten Erhebung. Den geringsten Aufwand für einen Schüler hatte nach der ersten Erhebung Lippe mit 25 Mark, nach der zweiten Erhebung Schaumburg-Lippe mit 35 Mark. In Lippe ist der Aufwand von 25 Mark auf 42 Mark, in Schaumburg-Lippe von 28 Mark auf 35 Mark geblieben. — Die Zahl der Privatschulen mit Volksschulanteil ist um 29 zurückgegangen, ihre Schülerzahl aber hat um 766 zugenommen.

Deutsches Reich.

Der Kaiser in Wilhelmshaven und Helgoland. Der Kaiser kehrte am Sonnabend gegen Mitternacht aus Nord der „Deutschland“ zurück. Sonntag früh 8 Uhr machte der Kaiser einen einstufigen Spaziergang und hielt um 10 Uhr Gottesdienst auf der „Deutschland“ ab. Das Wetter war schön. Bei seinem Besuch der Werftanlagen, den er tags zuvor machte, überreichte der Kaiser persönlich dem Werkverwalter Stör die diesem verliehene Rettungsmedaille. Um 1 Uhr fand ein Festbankett statt, zu welchem die Darsteller der Aufführungen auf dem Serrenabend eingeladen erhalten hatten. Prinz Heinrich der Niederlande ist Sonntag früh und Admiral v. Tirpitz mittags wieder abgereist. — Vor seiner Abfahrt aus Wilhelmshaven stattete der Kaiser der Werft einen einstufigen Besuch ab und besichtigte die „Nautilus“ und die „Gneisenau“. Die Abfahrt erfolgte nachmittags 4 1/2 Uhr an Bord der „Deutschland“. Der Kreuzer „Berlin“ begleitete die „Deutschland“. Die Ankunft vor Helgoland erfolgte um 7 1/2 Uhr abends. Die Schiffe ankern hinter der Düne. Die See ist bewegt.

Der Kaiser hat sich mittels Sonderzuges nach Blankenburger See zu einem Besuche bei ihrem jüngsten Sohne, dem Prinzen Georg in. Der Kiser aus dem Kaiserin nach Schloss Grünhof bei GutsMuths weiterzureisen, um die Familie des Herzogs Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein zu besuchen. Dort ist inzwischen Prinz August Wilhelm von Preußen zum Besuche seiner Braut eingetroffen.

Falsche Gerüchte. Ein Berliner Blatt wollte aus parlamentarischen Kreisen erfahren haben, im Bundesrat liege zur Eröpfung der Reichstagskommissionen, aus denen das Parlament besteht, zur Weiterarbeit zusammenzurufen. Dem Reichstage würden ferner vor der Sommervertagung noch verschiedene größere Gesetzentwürfe, darunter das Angelegenheits- und das Arbeitsamtesgesetz, zugehen. Wie die „A. N. R.“ nun unterrichtet, Seite erfahren, entspricht diese Meldung nicht den Tatsachen.

Berufsamtsschreiben. Wie die „Parole“ mittelt, ist Major S. v. von Simon, der zweite stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Kriegsombuds und Preussischer Landes-Steuerverbandes und Schatzmeister des Suffragan-Bundes der deutschen Landes-Steuerverbände, am Freitag früh an einem Herzschlag plötzlich gestorben.

Abgeschiedene Mitglieder des Reichstages. Die bisherigen Mitglieder des Reichstages, die die Auflösung dieser Körperschaft jetzt amtlich mitgeteilt werden. In seinem von 2. dieses Monats datierendem Schreiben dem Reichstagspräsidenten Dr. v. Bismarck hat die Reichstagsverwaltung, mit der er seine Kontakte und seine Kräfte im Interesse der deutschen Nation der Regierung zur Verfügung gestellt habe. Die Verdienste, welche sich der Reichstagspräsident während der langen Zeit seines Wirkens, namentlich aber in den Anfangsjahren der deutschen Reichstagsverwaltung, um die Erhellung der Angelegenheiten, um die

Ordnung ihrer Reichsverhältnisse und um ihre wirtschaftliche Entwicklung wie auch um die Ausbreitung des kolonialen Gebiets in der Heimat erworben habe, würden von der Regierung voll und ganz anerkannt. Die Regierung hoffe darzu, die Arbeitstätigkeit und die Kenntnisse der Mitglieder des Reichstages auch weiterhin im Rahmen der neu zu schaffenden Reichstagsverwaltung zu erhalten. Die Reichstagsverwaltung werde demgemäß um eine Erklärung ihrer Bereitwilligkeit eines eventuellen Eintritts in die Sachverständigen-Kommissionen ersucht.

Das deutsche Kriegsschiff „Matthe“ benetzte am 7. März seinen letzten Aufenthalt in Dartmouth. Tags zuvor besuchte der Kapitän, die Offiziere und Mannschaften des Schiffes die englische Marinebasis. Die deutschen Besucher, die sehr herzlich empfangen worden sind, waren von ihrem Aufbruch in den britischen Hafen sehr betrieblig. Das Kriegsschiff, das auf der Heimreise begriffen ist, wird, wie man glaubt, nach Lissabon besetzen.

Das russische Geschwader unter dem Kommando des Admirals Eberhardt ist am 8. März auf der Reise nach Kiel von Gibraltar nach Vigo abgefahren.

Artillerieeinrichtungen. Die komplizierten maschinellen und elektrischen Einrichtungen der jetzt sich verzögernden Artillerieanlagen an Bord der modernen Schiffe stellen an das zu ihrer Instandhaltung bestimmte Personal so hohe Anforderungen und verlangen so eingehende Fortbildung, daß es notwendig erscheint, ein bestimmtes Personal hierzu zu schaffen. Auf diese Weise würde die in den maschinellen Einrichtungen der jetztigen Feuerkraftpersonele erreicht, und dieses ausschließlich für den Energie- und Schießwerk sowie für die Behandlung der Munition verfügbar werden. Die Marineverwaltung beschließt daher, eine besondere Laufbahn für Artilleriemechaniker zu gründen. Dem betreffenden Personal wird die Auszubildenden der bis jetzt teils von den Feuerern, teils von den Maschinenmachern und teils von Maschinenpersonal versehenen Arbeiter an Bord der modernen Schiffe und elektrischen Einrichtungen der Artillerieanlagen obliegen. Da dem Personal nach dem bisher vorhandenen Maschinenpersonal als Personalist mitübernommen werden soll, so dürfte es sich für jüngere Maschinenführer, Elektrotechniker, Mechaniker und Kunstschlosser schon jetzt empfehlen, sich zum freiwilligen Eintritt für die Maschinenmacherschulung zu melden. Anmeldungen werden jederzeit bei der Reichsregierung in Kiel bei der II. Dienststelle in Wilhelmshaven entgegengenommen.

Das Reichsvereinsgesetz. In einem offiziellen Berliner Telegramm erklärt „Köln. Ztg.“ zum Reichsvereinsgesetz, die Reichsregierung sei fast ausschließlich, wenn § 7 nicht mit einem ihr gemahnten Inhalt zur Annahme gelangte, das ganze Gesetz zurückzuziehen. Die Reichsregierung bestrebe darauf, daß klar und deutlich zum Ausdruck gelangte, die Sprache in öffentlichen Verhandlungen müsse Deutsch sein. Ausnahmen seien nur den einzelnen Bundesregierungen zu überlassen.

Zur Frage der sexuellen Aufklärung in den Schulen, über die von Seiten der Unterrichtsverwaltung eine Umfrage veranlaßt war, hören wir, daß eine physiologische Belehrung über die sexuelle Frage in den Schulen von keiner Seite bestritten ist. Man kann daher erfreulicherweise auch wohl annehmen, daß diese Aufklärung nicht mehr in Frage kommt. Sinegen sollen die Belehrungen der Abiturienten auf diesem Gebiete in Form von Vorträgen an den Orten, wo sie eingeführt wurden, zu ihrem Besten in Aussicht gegeben haben. Nach der im Landtage vom Kultusminister in der Angelegenheit abgegebenen Erklärung ist eine Stellungnahme der Unterrichtsverwaltung noch nicht erfolgt.

Ueber eine neue Kulturart des Ultramarins berichtet die „A. N.“: Im geistlichen Seminar zu Freiburg wurde hiesigen Wärrern zufolge den geistlichen Jünglingen das Lesen von Schillers und Goethes Werken unter strenger Strafandrohung verboten! Nur eine für „gläubige Katholiken“ zensierte „Auslese“ der Goethe-Schillerischen Dichtungen wurde bedingungslos gestattet.

Ueber die Erziehung von Asistentenstellen bei den Landratsämtern hat der Minister des Innern mit den beteiligten Ressorts Grundabrede vereinbart, denen nachfolgendes zu entnehmen ist:

Die einzustellenden Asistentenstellen sollen den Landräten staatslich angestellte Hilfskräfte beschaffen, die in erster Linie bestimmt sind, zur dauernden Übernahme von Obliegenheiten mehr schematischer Art (Registrierung, Führung der Matrikallisten usw.), bei deren Übertragung indessen besondere Zuverlässigkeit und Gewissenhaftigkeit vorausgesetzt werden muß. Das Amt ist im allgemeinen als Lebensstellung gedacht, so daß ein Anrücken in andere Stellen vorgesehen ist. Die Asistenten führen die Amtsbezeichnung „Rechtsassistent“. Ihre Besoldung soll derjenigen der Asistenten bei den Land- und Amtsgerichten gleich bemessen werden. Die zu besetzenden Stellen sollen zur Hälfte den Kreis- und Landratsämtern obliegen, zur anderen Hälfte ihnen je aus der Zahl der landräthlichen Privatgeschäften oder mit anderen geeigneten Privatberufenen besetzt werden. Der Anstellung als Assistent geht kein Vikariat voraus.

Das chrengerichtliche Urteil gegen Graf Wilhelm Hohenzollern soll nach einer Korrespondenz auf Entfernung aus dem Offiziersstande und Verlust der Orden und Ehrenzeichen lauten. Der Kaiser soll den Spruch bereits befähigt haben.

Ausland.

Deutscher Reichstag. Die im Unterrichtsministerium durchgeführte Mittelstellenkommission hat sich für die Beibehaltung der Maturitätsprüfung an den Gymnasien und Realgymnasien entschieden. Doch soll noch im laufenden Schuljahre eine neue Prüfungsordnung mit wesentlichen Änderungen in Kraft treten.

Türkei. Zur Ermordung des griechischen Dragomans in Konstantinopel wird aus Saloniki, 8. März, noch gemeldet: Der holländische Generalkonsul empfahl in seiner Eigenschaft als Oben des konsularischen General-Komitees, aus Anlaß der Ermordung des Dragomans des griechischen Generalkonsulats Maßregeln zu treffen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Polizei machte eine Frau ausfindig, die wenige Augenblicke vor der Ermordung des Dragomans in der Nähe der Stelle, an der das Verbrechen geschah, zwei verdächtig aussehende Männer bemerkt hatte, die sich in bulgarischer Sprache unterhielten. Die aus den Wunden des Erschossenen entfernten Kugeln gehören zu den Waffen, wie sie gewöhnlich von den Mitgliedern der bulgarischen Bande geführt werden. Die Presse Athens charakterisiert das Verbrechen als einen Beweis von der Aktivität der bulgarischen Bande, die ihre Gewaltthaten beständig gegen Griechen richteten.

Berlin. Nach einem Telegramm der Deutschen Reichstagsverwaltung ist in Tscherna verschiedentlich das Gerücht

ausgesprochen, daß die reaktionäre Partei der Bauern aus dem Aufstand von Bernau sich gegen das Parlament bewaffnen. In liberalen Kreisen herrscht hierüber lebhaftest Unruhe. Zusammenhänge sind nicht ausgeschlossen. In Schwaben soll der Regierungsdirektor ermordet worden sein.

Marokko. Aus Marokko wird vom 5. d. M. gemeldet, daß Mulay Hafid etwa 90 Kilometer von der Stadt entfernt lagere und daß sich in Azemmour eine kühnliche Bemühung annehmen, welche unauffällig neuen Zuwachs von Soldaten erhalten. Der Gouverneur von Agemmour habe die Absicht das französische Kriegsschiff „Gallie“ verlangt, welches vor der Stadt kreuzte, und gedroht, Marokko anzugreifen, falls jene Forderung nicht erfüllt würde. Unter den Europäern und der jüdischen Bevölkerung von Marokko herrsche lebhaftest Beunruhigung. Die Sache Mulay Hafids mochte auch in Marokko zweifellos Fortschritte.

China. Reuters Bureau erzählt zu dem „Tatsu-Maru“, Konflikt noch folgendes: Da die chinesische Regierung in der Angelegenheit der Beschlagnahme des Dampfers „Tatsu-Maru“ unter irgend einem Vorwande die definitive Unterwerfung hinausgeschoben hat, hat die japanische Regierung am 5. d. M. ihre Forderungen wiederholt. Sie beharrte auf prompter Antwort und deutete gleichzeitig an, daß für den Fall, daß China nicht antwortete, Japan sich gezwungen sehen könnte, so zu handeln, wie es die Aufrechterhaltung der Würde der Nation und die Sicherheit der Japaner erfordern würde. China antwortete am 6. d. M. Es drückte wieder die Wiederholung der japanischen Forderung tiefes Bedauern aus und versicherte, daß die beantragten Forderungen beachtet werden würden. Bezüglich der Beschlagnahme der „Tatsu-Maru“ und der Munition werde es später antworten. — Wenn wir auch glauben, daß China in der doch immerhin unentschiedenen Frage der Dampferbeschlagnahme nachgeben wird, so können wir uns doch nicht verhehlen, daß die schlaue Japaner jetzt vielleicht die Zeit für günstig erachtet, das mächtig aufstrebende China unter seinen Einfluß zu bringen, ehe es zu spät ist.

Die chinesischen Behörden versichern übrigens, daß die Beschlagnahme der „Tatsu-Maru“ auf hoher See erfolgt sei. In diesem Falle würde es sich um keine Verletzung der portugiesischen Gewässer handeln.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

Von der Kaiserlichen Leopoldinisch-Darwinischen Deutschen Akademie der Naturforscher in Halle a. S. wurden als Mitglieder aufgenommen: Generalmajor Wilhelm Hermann Graf Miltner, Direktor der hiesigen Gewerbeprüfung, in Ropenagen und Professor Dr. Kurt Henkel, Ordinarius für Mathematik an der Universität Marburg.

Das dritte Preisaus schreiben der Kant-Gesellschaft, das in dem in Brilde erscheinenden neuesten Heft der „Studien“ mitgeteilt wird, lautet: „Wohles sind die weltlichen Fortschritte, die die Metaphysik in Deutschland seit Hegels und Herbars Zeiten gemocht hat?“ Das Thema, das einer auch von Kant bearbeiteten Preisaufgabe der Berliner Akademie im Jahre 1791 nachgebildet ist, ist von Universitätsprofessor Dr. Carl Gütler in Minden angegeben und formuliert, der auch für die besten Bearbeitungen einen ersten Preis von eintausend Mark und einen zweiten Preis von sechshundert Mark gestiftet hat. Preisrichter sind die beiden Berliner Geheimräte und Professoren Riehl und Stumpf, sowie der Würzburger Professor Rühl. Die Bedingungen der Preisgabe sind zu beziehen durch den Geschäftsführer der Kant-Gesellschaft, Professor Dr. Baibinger in Halle a. S.

h. Hochschulausschreiben. Wie die „Hochschulausschreiben“ hört, hat der Weimarer Hof-Professor Dr. med. Johannes von Friede, Ordinarius der Anatomie und physiologischen Anatomie an der Universität Würzburg, v. r., einen Ruf in gleicher Eigenschaft an die Universität München als Nachfolger des berühmten Physiologen Karl v. Voit erhalten. Johannes Adolf von Riehl ist am 6. Oktober 1863 zu Roggenhausen bei Göttingen geboren. — Wie wir erfahren, ist der Lehrer der Zahnheilkunde und Leiter des zahnärztlichen Instituts an der Universität Göttingen, Dr. med. dent. Carl Reimann, als Privat-„Professor“ berufen worden. Er ist 1864 auf Rittergut Klein-Balubien in Westpreußen geboren. — Zu ordentlichen Honorarprofessoren wurden die Honorarprofessoren an der Universität Heidelberg Geh. Hofrat Dr. phil. Moritz Cantor (Mathematik), Dr. Julius Brühl (Chemie), Dr. phil. August Schottmann (Physik) und Dr. med. Hermann Reimann (Physiologie) ernannt. Dr. phil. Jakob Billie (Geschichte), Dr. phil. Salomon Seemann (Sanstrik), Dr. phil. Ludwig Koch (Statistik) und Dr. Samuel Franke (Historische Philologie) ernannt. — Professor Dr. med. Albert Frankel, Direktor der inneren Abteilung des hiesigen Krankenhauses am Urban (Berlin) wohnt am 10. d. Mts. das 60. Lebensjahr. — Dem Reichstagspräsidenten für die Ehre, Ehrentitel und Vergütung an der Universität Bern Dr. med. Adolf Sigmundmann wurde der Titel „Professor“ verliehen.

Westlau, 8. März. Aus Anlaß des hier tagenden 29. baltischen Kongresses wurde heute nachmittags von dem hiesigen Wenzel Sandelers Kranke nach dem von dem baltischen Gesellschaft gestifteten Denkmal für Dr. Hermann Bremer, dem Gründer der Lungenschwundkrankheit zu Görden, errichtet.

Stuttgart, 7. März. Der König hat dem Dichter Professor Adolf F. v. Arnim in Berlin das Großkreuz des Ordens der Württembergischen Krone verliehen. — Göttingen, 7. März. Alexander Götting ist beim Gangfall in Wien auf und scheidet nach Berlin über; er kehrt in Deutschland nur seine Villa in Nidda. Götting hat mit dem Theatralischen ein festes Engagement abgeschlossen, das mit dem 15. Oktober beginnt. Später wird er, und zwar wahrscheinlich mit dem ganzen Ensemble des Theatralischen eine Wagnersche Oper aufzuführen. — Wuppertal, 8. März. Die Wuppertal-Verkehrsgesellschaft hat die Sonntag-Vorstellung im Hoftheater zu Gelsen, wo Madame Signe Arnold in der Titelrolle der Oper „Jasmin“ als Gast auftritt, dem Verdienste für Kunst und Wissenschaften.

Wuppertal, 8. März. Die Wuppertal-Verkehrsgesellschaft hat die Leitung des städtischen Hoftheaters in Haldorf bei Herr Director Heidegger in Sigmaringen übertragen worden.

Vermischtes.

Ehrentitel. Während des Jahres 1907 sind 1673 Ehrentitel verliehen worden, davon entfielen auf die Provinzen: Preußen 46, Westpreußen 46, Brandenburg mit Berlin 200, Hannover 11, Posen 55, Schlesien 104, Sachsen 188, Schleswig-Holstein 91, Hannover 24, Westfalen 175, Hessen-Nassau 105, Rheinpreußen 364, und der Regierungsbereich Sigmaringen 3, zusammen 1672. 1243 Ehrentitel gehörten der evangelischen, 344 der katholischen, 87 der jüdischen Konfession an. Ferner erhielten 18 reformierte und

Modellhut-Ausstellung

ganz ergebenst anzuzeigen.

Hervorragende Auswahl gewährt schöner **Garnierter Hüte** sowie Englische, Wiener und Sporthüte in jeder Preislage.

Disconto-Gesellschaft in Berlin.

Ordentliche Generalversammlung.
 Die Kommanditisten unserer Gesellschaft werden hierdurch auf
Montag, den 30. März 1908,
 nachm. 3 1/2 Uhr

zu der diesjährigen ordentlichen Generalversammlung nach unserem hiesigen Geschäftshause, Behrenstrasse 43/44 Erdgeschoss, eingeladen.

Verhandlungsgegenstände:

1. Vorlage der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Berichte der Geschäftsführer und des Aufsichtsrats für das Jahr 1907. Beschlussefassung über die Genehmigung der Bilanz, die Gewinnverteilung und über die der Verwaltung zu erteilende Entlastung.
 2. Beschlussefassung über Abänderung des Art. 11 des Statuts durch Hinzufügung eines Zusatzes wegen Zeichnung der Firma durch Handlungsbevollmächtigte.
 3. Aufsichtsratswahlen nach Art. 21 des Statuts.
- Zur Teilnahme an der Generalversammlung ist jeder Kommanditist, zur Stimmabgabe bei den zu fassenden Beschlüssen sind nur diejenigen Kommanditisten berechtigt, deren Anteile mindestens acht Tage vor Berufung der Generalversammlung in Aktienbuche der Gesellschaft auf ihren Namen eingetragen sind, und welche ihre Anteile — oder Depotscheine der Reichsbank oder der Bank des Berliner Kassens-Vereins — spätestens einen Tag vor der Generalversammlung entweder bei einem Notar, oder

in **Berlin** in unserem **Effekten-Bureau**, W., Behrenstrasse 43/44.

Bremen in unserem **Effekten-Bureau**, Stintbrücke 1, **Frankfurt a. M.** in unserem **Effekten-Bureau**, Rossmarkt 18,

bei der **Deutschen Effekten- und Wechsel-Bank**, bei der **Norddeutschen Bank** in **Hamburg**,

Leipzig bei der **Allgem. Deutschen Credit-Anstalt** und bei deren Abteilung **Becker & Co.**,

Dresden bei der **Allgem. Deutschen Credit-Anstalt**, Abteilung **Dresden**,

Magdeburg bei dem **Magdeburger Bank-Verein**, bei dem Bankhause **F. A. Neubauer**,

Mannheim bei der **Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.**,

Meiningen bei der **Bank für Thüringen** vormals **B. M. Strupp A.-G.**,

Nürnberg bei der **Bayerischen Disconto- und Augsburg** Wechsel-Bank **A.-G.**,

Aachen bei der **Rheinisch-Westfälischen Disconto-Gesellschaft A.-G.**,

Barmen bei dem **Barmer Bank-Verein** **Hinsberg, Fischer & Co.**,

Breslau bei dem **Schlesischen Bankverein**, bei dem Bankhause **E. Helmann**,

G. v. Pachaly **Enkel**,

Karlsruhe bei dem Bankhause **Veit L. Hornburger**, bei dem Bankhause **Straus & Co.**,

Köln bei dem Bankhause **Sal. Oppenheim jr. & Cie.**,

München bei der **Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank**,

bei der **Bayerischen Vereinsbank** und

Stuttgart bei dem Bankhause **Stahl & Federer A.-G.** gegen Bescheinigung bis zur Beendigung der Generalversammlung hinterlegen. [3896]

Berlin, den 6. März 1908.

Direction der Disconto-Gesellschaft.
Die Geschäftsinhaber
 Schoeller. Schinckel. Dr. Salomonsohn.
 Dr. Russell. Dr. Urbig.

Bank für Handel und Industrie Filiale Halle a. S. (Darmstädter Bank).

Alte Promenade 3.
Aktienkapital und Reserven
183 1/2 Millionen Mark.

Annahme von **Depositen** und **Spargeldern** zur **Verzinsung** vom Tage der Einzahlung bis zum Tage der Abhebung bei kulantesten Zinssätzen.
Kontokorrent- und Scheckverkehr.
An- und Verkauf von Wertpapieren, sowie deren **Aufbewahrung**, **Verwaltung** und **Beleihung.**
Kostenfreie Einlösung aller fälligen Kupons.
Vermietung von **Schrankfächern** in feuer- und diebessicherer Stahlkammer unter Selbstverschluss des Mieters. [3525]
Diskontierung von Wechseln.
Verwaltung aller sonstigen bankgeschäftlichen Transaktionen zu billigsten Bedingungen.

Oberrealschule zu Bitterfeld

Aufnahmeprüfung: 23. April, 9 Uhr. Anmeldungen jederzeit. Schulgebäude in schöner Lage. Ausgedehnte Wohnungen dicht bei der Stadt. [3276]
 Weitere Auskunft erteilt Direktor **Frank**.
 Der Magistrat.

Geschäftsbücher

In jeder Preislage, vollständig nach aufschlagend, liefert billigst
J. Zoebisch, Gr. Steinstr. 32.
 8508

Die roten Bäckchen

unserer Kinder, ihre leuchtenden Augen, ihre kernhafte Frische und unerschöpfliche erquickende Heiterkeit sind uns der beste Beweis, daß wir mit **Haemacolade** endlich das richtige getroffen haben!

... Wir geben sie Ihnen morgens, nachmittags und abends, aber sie verlangen sie noch öfter, denn **Haemacolade** als kräftigendes Getränk vereinigt Wohlgeschmack und Bekömmlichkeit in geradezu idealer Weise!

Überall zu haben.

Dem geehrten Publikum von Halle a. S. und Umgegend zur gef. Kenntnisnahme, dass ich am 1. April 1908 hier, **Herrmannstrasse 33**, eine

Musikschule für Gesang u. Klavier

eröffnen werde.
 Gesangstudien bei **Maria Destian-Löwa**, Prag, Klavierstudien am **Hamburger Konservatorium** unter Prof. von **Bernth. Max Fiedler**, von **Holtz**, Prof. **Emil Krause** etc. absolviert.
 Fachgemäße Ausbildung auf Grund meiner ausübenden Tätigkeit als **Opern- und Konzertsängerin**, sowie **Klavierpädagogin.**
 Anmeldungen und Anfragen nehme ich von jetzt **Halberstädterstr. 3** vorm. von 11-11 Uhr entgegen.
Frau Dr. Hanna Münter.

Hallischer Kunst-Verein.

▼ Ausstellung moderner Meister ▼
 (Breyer, Graf v. Kalkreuth, Trübner, Walsor).
Schluss Dienstag, den 10. März, abends 6 Uhr.
 Die Ausstellung ist täglich geöffnet von 11-8 Uhr. Saal über der Volkshalle am Hallmarkt. — Eintritt 60 Pfg. [3892]

Volkshalleverein.

Dienstag, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr in den „Zitler-Höfen“
54. Unterhaltungs-Abend.
 Rezitationsabend des **Samuritan O. Wiener-Berlin**, bestehend aus **Musik**, **Gesang** und **Rezitationen.**
 Staffenöffnung 7 1/2 Uhr. Eintritt für Nichtmitglieder im Vorverkauf 20 Pfg., an der Abendkasse 30 Pfg. [3999]

Die II. Generalversammlung

des **Rechtshilfsverbandes für Frauen**
 findet Freitag, den 13. und Sonnabend, den 14. März im „Evangelischen Vereinshaus“ (Hotel Kronprinz) statt.
 Öffentliche Sitzungen: Freitag vorm. von 9-11 Uhr, nachm. von 3-6 Uhr. Sonnabend nachm. von 3-6 Uhr. Freitag und Sonnabend 8 1/2 Uhr Abendvorträge, auf welche besonders aufmerksam gemacht wird. Ausführliches Programm befindet bei Unterzeichnete auf Wunsch kostenlos. — Güte willkommen.
J. A. des Vorstandes: Margarethe Bennewitz.

Frauenbildungsverein und Lehrerinnenverein

Halle a. S. [3733]
Dienstag, den 10. März 1908, abends 8 Uhr in den Kaiseralleen
 Öffentlicher Vortrag von **Fraulein Helene Lange** aus Berlin über:
Individualistische und soziale Ziele der Frauenbewegung.
 Gäste, Herren und Damen, sind willkommen.
 Der Vorstand des Frauenbildungsvereins. Der Vorstand des Lehrerinnenvereins.
 I. A.: Dr. Agnes Gosche. I. A.: Anna Schüring.

Frauen-Verein zur Armen- und Krankenpflege.

Öffentliche Vorträge zum Besten des Vereins.
D o n e r s t a g, 12. März, 6 Uhr im Volksbildungsverein (Krone Promenade 13): **Vor. Geb. Rat Stroffor Dr. C. Anton:** „Was tun wir mit den nervösen und zurückgebliebenen Kindern?“ (Mit Bildern.)
 Eintrittskarten zu diesem Vortrage sind zu 1 Mk. zu haben in der **Lippert'schen Buchhandlung (Dr. Max Niemeyer)**, Gr. Steinstr. 77/78 und am Eingang zum Saal.
Der Vorsteher: Wächter.

Jugend-Konzert

D o n e r s t a g, den 12. März, 5 Uhr nachmittags im **Evangel. Vereinshaus (Hotel Kronprinz)**, veranstaltet vom **Verband deutscher Musiklehrerinnen (Kreisgruppe Halle a. S.)**.
 Programm à 35 Pfg. (zum Eintritt berechtigt) in den **Sommerferien** (Anmeldungen von **H. Hothan**, Gr. Ulrichstr. und **Reinhold Koch**, Alte Promenade 1a. [4012])

Robert Franz-Singakademie.

Dienstag 6 Uhr Übung Volkshalle.
 Wegen Nähe der Aufführung (26. März) alleseitige Teilnahme erbeten.

Radfahrererkarten

empfiehlt
Otto Thiele, Buchdruckerei und Verlag,
 Verlag der **Halleschen Zeitung**,
 Landeszeitung für die Provinz Sachsen,
 Halle a. S., G. Brauhaustrasse 30, Ecke Leipzigerstrasse.

Hallesches Kohlenwerk


G. m. b. H.

 Telephone 782 — Halle a. S. — Brüderstr. 11
 nimmt schon jetzt Bestellungen
zum Sommerpreise
 entgegen. [3884]

Villengrundstück

Sirchtor 4
 mit großem, herrlich angelegtem Garten, 8173 qm groß, wunderbar gelegen, sofort zu vermieten oder preiswert zu verkaufen.
Häreser Dr. Steinstraße 74, 1.

Erstklassig. Fahrräder und Zubehörteile lief. bill., auch auf Teilzahl. Vertret. gesucht.
Katal. gr. Hans Grune & Co., Einbeck 111.



Bahnanlagen für Industrie und Landwirtschaft
Arthur Koppel
 Aktiengesellschaft
 LEIPZIG
 Georgiring 18
 Fernsprecher 1550.

Gut sitzende Korsetts dauerhafte
 von 1,00 — 8,00 Mk. empfiehlt **H. Schöne Nachf., Gr. Steinstr. 84.**

100
 interessante Abbildungen über Turnen im Hause: **Hellama Körperübungen** für Herren, Damen und Kinder gratis an jedermann. **Koberger Anstalten für Exterikultur, Ostseebad Kolberg.**

Vernickeln, Verblühen, Verzinnen, Bronzieren bei **Ferdinand Haassengier**
 Metallwaren-Fabrik,
 Barßlebenerstr. 9, Franzz. 1106.

Malerei. Scherenschilder 10 Pf., Kaffermalerarbeiten 40 Pf.
C. Preuss, Gr. Ulrichstr. 37.
 „Goldenes Schiffschen“.
Fahrräder, Korbmäschinen, Radreparaturen. Gr. Märkerstr. 23.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Die Manöver des 4. Armeekorps.

Die Manöver der 15. Infanterie-Brigade finden in diesem Jahre statt vom 4. bis 7. September, die der 16. Infanterie-Brigade vom 8. bis 12. September; die der 17. Infanterie-Brigade hält am 7. September Kräfteübungen ab. Es folgen vom 8. bis 12. September Divisionärmanöver und vom 14. bis 16. September Korpsmanöver. Die Manöver der 8. Division finden statt in der Gegend von Halle, Bettin, Eisleben und Querfurt.

e. Krieteleu, 8. März. (Befichtigung von Obstgärten.) Besichtigung der Anzahl Bäume, welche zur im Provinzial-Obstgarten zu Demitz am Obstbaugutis teilnehmenden, die großen Obstplantagen des benachbarten Gutes (Genua, viele verschiedene größere hiesige Obstgärten. Die Anstalten waren dabei auch praktisch tätig.)

W. Nannuburg, 8. März. (Die hiesige Schwurjurerei.) Der hiesige Schwurjuror ist durch Entlassung des Herrn Schubert wieder neu besetzt. Die hiesige Schwurjurerei ist durch Entlassung des Herrn Schubert wieder neu besetzt. Die hiesige Schwurjurerei ist durch Entlassung des Herrn Schubert wieder neu besetzt.

W. Nannuburg, 8. März. (Die hiesige Schwurjurerei.) Der hiesige Schwurjuror ist durch Entlassung des Herrn Schubert wieder neu besetzt. Die hiesige Schwurjurerei ist durch Entlassung des Herrn Schubert wieder neu besetzt.

W. Nannuburg, 8. März. (Die hiesige Schwurjurerei.) Der hiesige Schwurjuror ist durch Entlassung des Herrn Schubert wieder neu besetzt. Die hiesige Schwurjurerei ist durch Entlassung des Herrn Schubert wieder neu besetzt.

W. Nannuburg, 8. März. (Die hiesige Schwurjurerei.) Der hiesige Schwurjuror ist durch Entlassung des Herrn Schubert wieder neu besetzt. Die hiesige Schwurjurerei ist durch Entlassung des Herrn Schubert wieder neu besetzt.

W. Nannuburg, 8. März. (Die hiesige Schwurjurerei.) Der hiesige Schwurjuror ist durch Entlassung des Herrn Schubert wieder neu besetzt. Die hiesige Schwurjurerei ist durch Entlassung des Herrn Schubert wieder neu besetzt.

W. Nannuburg, 8. März. (Die hiesige Schwurjurerei.) Der hiesige Schwurjuror ist durch Entlassung des Herrn Schubert wieder neu besetzt. Die hiesige Schwurjurerei ist durch Entlassung des Herrn Schubert wieder neu besetzt.

W. Nannuburg, 8. März. (Die hiesige Schwurjurerei.) Der hiesige Schwurjuror ist durch Entlassung des Herrn Schubert wieder neu besetzt. Die hiesige Schwurjurerei ist durch Entlassung des Herrn Schubert wieder neu besetzt.

W. Nannuburg, 8. März. (Die hiesige Schwurjurerei.) Der hiesige Schwurjuror ist durch Entlassung des Herrn Schubert wieder neu besetzt. Die hiesige Schwurjurerei ist durch Entlassung des Herrn Schubert wieder neu besetzt.

W. Nannuburg, 8. März. (Die hiesige Schwurjurerei.) Der hiesige Schwurjuror ist durch Entlassung des Herrn Schubert wieder neu besetzt. Die hiesige Schwurjurerei ist durch Entlassung des Herrn Schubert wieder neu besetzt.

W. Nannuburg, 8. März. (Die hiesige Schwurjurerei.) Der hiesige Schwurjuror ist durch Entlassung des Herrn Schubert wieder neu besetzt. Die hiesige Schwurjurerei ist durch Entlassung des Herrn Schubert wieder neu besetzt.

bis 6. Juni; Inf.-Regt. Nr. 163 (Altenburg); vom 31. Mai bis 6. Juni; Stab der 16. Infanterie-Brigade (Zornitz); vom 25. Mai bis 6. Juni; Pionier-Bataillon 4 (Magdeburg); vom 3. bis 27. Juni; 6. Kavallerie-Brigade (Königsberg); vom 3. bis 27. Juni; 6. Kavallerie-Brigade (Königsberg); vom 3. bis 27. Juni; ein Reserve-Infanterie-Regiment; 23. Juni bis 20. Juli; Lehr-Regiment der Feldartillerie-Schießschule (Jüterbog); 2. bis 16. Juli; Jäger-Regiment zu Pferde Nr. 2 (Langensalza); 26. Juni bis 11. Juli; 8. Infanterie-Brigade; Infanterie-Regiment Nr. 94 (Weimar, Eisenaue, Jena) und Infanterie-Regiment Nr. 96 (Gera, Arnstadt, Mühlhausen); 20. Juli bis 3. August; Infanterie-Regiment Nr. 10 (Stendal, Magdeburg); Infanterie-Regiment Nr. 16 (Salzungen und Gerdleben), sowie Stab der 7. Kavallerie-Brigade (Magdeburg); 17. Juli bis 8. August; Infanterie-Regiment Nr. 26 und Nr. 66 (Magdeburg); 2. bis 8. August; Stab der 13. Infanterie-Brigade (Magdeburg); 27. Juli bis 8. August; Feldartillerie-Regiment Nr. 4 (Magdeburg); 20. Juli bis 8. August; Feldartillerie-Regiment Nr. 40 (Burg); sowie Stab der 7. Feldartillerie-Brigade (Magdeburg); 8. bis 21. August; ein Reserve-Feldartillerie-Abteilung; 5. bis 28. August; Kavallerie-Regiment Nr. 7 (Gallersleben, Cuedlinburg); 14. bis 28. August; Infanterie-Regiment Nr. 12 (Zornitz), sowie Stab der 8. Kavallerie-Brigade (Salze); 13. August bis 3. September; Infanterie-Regiment Nr. 27; 27. August bis 13. September; Infanterie-Regiment Nr. 165 (Goslar und Blankenburg); 10. bis 22. August; Interregimentliche Weisungen; 27. August bis 3. September; Stab der 14. Infanterie-Brigade (Halberstadt) sowie 3. Bataillon Inf.-Regts. Nr. 165. Das Infanterie-Regiment Nr. 12 bezieht sich zum Truppenübungsplatz sowohl in Magdeburg. Die Regimenter halten in Altenburg alle Gefechtsübungen und Gefechtsübungen aus Regiments- und Brigade-Übungen ab.

n. Götzen, 8. März. (* * * * *) Die von den kirchlichen Behörden beschlossene Erbauung einer neuen evangelischen Kirche ist in Götzen durch den Gemeinderat nicht auszusprechen, doch die dritte Kirche nicht für nötig hält und deshalb die beantragte Ueberlassung eines Bauplatzes ablehnte. Ein Beschluß wurde jedoch nicht gefaßt. Der Etat des jährlichen Kirchenrats für das Jahr 1907/08 wurde mit 260 000 Mk. in Einnahme und Ausgabe angenommen. Beschlossen wurde, die Kolonnen für den Zeitraum von 130 auf 150 Mann und für Ausländer von 180 auf 200 Mk. zu erhöhen.

Marzahn, 8. März. (Kohlenbergvergiftung.) Die von den kirchlichen Behörden beschlossene Erbauung einer neuen evangelischen Kirche ist in Marzahn durch den Gemeinderat nicht auszusprechen, doch die dritte Kirche nicht für nötig hält und deshalb die beantragte Ueberlassung eines Bauplatzes ablehnte. Ein Beschluß wurde jedoch nicht gefaßt. Der Etat des jährlichen Kirchenrats für das Jahr 1907/08 wurde mit 260 000 Mk. in Einnahme und Ausgabe angenommen. Beschlossen wurde, die Kolonnen für den Zeitraum von 130 auf 150 Mann und für Ausländer von 180 auf 200 Mk. zu erhöhen.

Gera, 8. März. (Die Angelegenheit der Doppeltrauung des Fürsten von Bulgarien.) Die Angelegenheit der Doppeltrauung des Fürsten von Bulgarien ist mit der Zeit wiedergehoben und auf die Verhandlung der Geraer Zeit. Die Angelegenheit der Doppeltrauung des Fürsten von Bulgarien ist mit der Zeit wiedergehoben und auf die Verhandlung der Geraer Zeit.

W. Nannuburg, 8. März. (Der Kreisrat.) Der Kreisrat hat die Angelegenheit der Doppeltrauung des Fürsten von Bulgarien mit der Zeit wiedergehoben und auf die Verhandlung der Geraer Zeit.

W. Nannuburg, 8. März. (Der Kreisrat.) Der Kreisrat hat die Angelegenheit der Doppeltrauung des Fürsten von Bulgarien mit der Zeit wiedergehoben und auf die Verhandlung der Geraer Zeit.

W. Nannuburg, 8. März. (Der Kreisrat.) Der Kreisrat hat die Angelegenheit der Doppeltrauung des Fürsten von Bulgarien mit der Zeit wiedergehoben und auf die Verhandlung der Geraer Zeit.

W. Nannuburg, 8. März. (Der Kreisrat.) Der Kreisrat hat die Angelegenheit der Doppeltrauung des Fürsten von Bulgarien mit der Zeit wiedergehoben und auf die Verhandlung der Geraer Zeit.

genommen. Die Aufhebung der Grundsteuer soll erfolgen, sobald die Finanzlage im Lande es gestattet. Im weiteren Verlauf der Tagesordnung wurde das Ministerialdekret betreffend Neuordnung der Verwaltungsverhältnisse der Gemeinden am gemeinsamen Thüringischen Oberlandesgericht zu Jena im Sinne der Regierungsverordnung genehmigt. Zum Schluß wurde noch ein Ministerialdekret betreffend Erhöhung des Gesamtbesatzes der aufgenommenen Darlehen der großherzoglichen Landesreditkasse auf 40 Millionen Mark dem Finanzministerium überwiehen.

Landwirtschaftliches.

Ernte der wichtigsten Früchte im Jahre 1907.
In dem ersten Vierzehnteljahr zur Statistik des Deutschen Reiches 1908 werden die Ergebnisse der Erntestatistik für das Jahr 1907 mitgeteilt und besprochen.

Geerntet wurden im Jahre 1907:

	in ganzen Tonnen	von Hektar
an Winterweizen	2 613 826	1 287
„ Sommerweizen	865 498	2,45
„ Winterroggen	458 090	1,50
„ Sommerroggen	9 585 817	1,62
„ Sommergerste	172 042	1,25
„ Wintergerste	3 017 745	2,06
„ Hafer	9 111 138	2,09
„ Kartoffeln	45 328 399	13,81
„ davon geerntet	42 618 982	
„ Kleber	9 098 368	4,62
„ Magerweizen	1 401 368	5,98
„ Weizen	24 911 988	4,17

Dem Vorrath gegenüber beträgt die Winterernte an Weizen 238 000 t oder 2,3 mal soviel, wie im Jahre 1906, und da der, die hauptsächlich für die Ernte, in gewissen Umfang aber auch für die Verfertigung der Ernte, im Jahre 1907 gegenüber dem Jahre 1906 um 1 104 195 t oder 4,96 v. H. zunahm, so ist die Winterernte im Jahre 1907 gegenüber dem Jahre 1906 um 1 342 195 t oder 16,4 v. H. zu- und im Jahre 1907 gegenüber dem Jahre 1906 um 1 342 195 t oder 16,4 v. H. zu- und im Jahre 1907 gegenüber dem Jahre 1906 um 1 342 195 t oder 16,4 v. H. zu-

Personalanzeigen.

Aus dem Ministerium der Provinz Sachsen. Durch das Ableben ihres Vaters ist die unter königlich-dänischer Regierung stehende Pfarrkirche in Dingelstedt, Diözese Amdorf, erledigt worden. Die Stelle ist nach Ablauf der Wartenzeit am 20. November 1908 befreit. Das Einkommen neben freier Wohnung beträgt etwa 600 Mk., zu welchem kein Gehalt von Seiten der Kirche ist. Eine solche Vorhanden nach etwa 820 Mk. aus dem Pfarramt hinzutreten. Zur Stelle gehört eine Kirche. Die Wohnung besteht darin, daß der Kirchgemeinde von der Kirchenbehörde drei Hektare zur Wahl bekannt werden. Da das Einkommen 600 Mk. übersteigt, kommen nur Geistliche von mindestens 15 Dienjahrgängen in Betracht.

Der Regierungsdirektor Schulte ist in Ansbach bei der Regierung in Magdeburg und der Regierungsdirektor Springmann aus Offen der Regierung in Schleswig zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden. — Der neuernannte Regierungsdirektor Schulte ist als Mitglied im dem Landtage des Landes in den Ausschüssen für die Verwaltung in Ansbach, in den Ausschüssen für die Verwaltung in Ansbach, in den Ausschüssen für die Verwaltung in Ansbach.

Die Angelegenheit der Doppeltrauung des Fürsten von Bulgarien ist mit der Zeit wiedergehoben und auf die Verhandlung der Geraer Zeit.

Die Angelegenheit der Doppeltrauung des Fürsten von Bulgarien ist mit der Zeit wiedergehoben und auf die Verhandlung der Geraer Zeit.

Die Angelegenheit der Doppeltrauung des Fürsten von Bulgarien ist mit der Zeit wiedergehoben und auf die Verhandlung der Geraer Zeit.

Die Angelegenheit der Doppeltrauung des Fürsten von Bulgarien ist mit der Zeit wiedergehoben und auf die Verhandlung der Geraer Zeit.

Die Angelegenheit der Doppeltrauung des Fürsten von Bulgarien ist mit der Zeit wiedergehoben und auf die Verhandlung der Geraer Zeit.

Die Angelegenheit der Doppeltrauung des Fürsten von Bulgarien ist mit der Zeit wiedergehoben und auf die Verhandlung der Geraer Zeit.

Die Angelegenheit der Doppeltrauung des Fürsten von Bulgarien ist mit der Zeit wiedergehoben und auf die Verhandlung der Geraer Zeit.

Die Angelegenheit der Doppeltrauung des Fürsten von Bulgarien ist mit der Zeit wiedergehoben und auf die Verhandlung der Geraer Zeit.

Die Angelegenheit der Doppeltrauung des Fürsten von Bulgarien ist mit der Zeit wiedergehoben und auf die Verhandlung der Geraer Zeit.

Die Angelegenheit der Doppeltrauung des Fürsten von Bulgarien ist mit der Zeit wiedergehoben und auf die Verhandlung der Geraer Zeit.

